



Vom Hype zur dauerhaften Erfolgsgeschichte

Bitkom-Positionspapier zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016

www.bitkom.org

bitkom

Herausgeber

Bitkom
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.
Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

- Maxim Nohroudi | Landessprecher Berlin | Bitkom e. V.
T 030 27576-0 | m.nohroudi@bitkom.org
- Tobias Heyer | Referent Landes- und Wirtschaftspolitik | Bitkom e. V.
T 030 27576-105 | t.heyer@bitkom.org

Titelbild

»Berlin skyline with TV tower at Alexanderplatz at night, Germany«
© JFL Photography – Fotolia.com

Copyright

Bitkom 2016

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Handlungsfelder für die Zukunft des digitalen Hotspots Berlin

Berlin hat einen rasanten Aufstieg zur digitalen Hauptstadt hingelegt. Der Erfolg hat viele Gründe: Die Stadt ist durch ihre ungebrochene und sich selbst befeuernde Attraktivität Magnet für kreative Menschen und Unternehmen; große Freiräume ermöglichen eine einzigartige Start-up-Kultur und nicht zuletzt stärkt eine zukunftsorientierte Landespolitik (wirtschaftliche) Entfaltung und Wachstum. Nach den Jahren des Aufbruchs ist es entscheidend, dass die positiven Entwicklungen weiter befeuert und die Basis des Erfolgs gestärkt und verbreitert werden. Die Digitalisierung sollte daher konsequent und koordiniert durch die Politik gefördert sowie die enormen Chancen für Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung genutzt werden.

Durch eine vorausdenkende Gestaltung der Rahmenbedingungen kann Berlin die hohe Dynamik der Digitalwirtschaft aufgreifen und verstärken. Diese ist Enabler einer erfolgreichen Digitalisierung aller Wirtschaftsbranchen sowie von Gesellschaft und Verwaltung. Die digitale Transformation ist eine einmalige Chance für Berlins wirtschaftlichen Stellenwert in Deutschland und weltweit. Daher müssen Politik und Wirtschaft gemeinsam und strategisch vorgehen sowie die Digitalisierung mit höchster Priorität vorantreiben.

Dabei sollte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Berlin im Vordergrund stehen. Die Digitalisierung bietet gleichzeitig die Möglichkeit, das Leben in der Stadt, beispielsweise in den Bereichen Mobilität, Verwaltung oder in der Arbeitswelt zukunftsfähig zu machen. Berlin sollte daher strategisch die Entwicklung von innovativen Technologien und Diensten fördern, veredeln und diese in die internationalen Märkte tragen.

Das Bitkom-Positionspapier »Handlungsfelder für die Zukunft des digitalen Hotspots Berlin« enthält Vorschläge zu sechs Handlungsfeldern, die aus Sicht des Bitkom entscheidend für die eine Entwicklung Berlins »vom Hype zur dauerhaften Erfolgsgeschichte« sein werden.

Digitalisierung der gesamten Wirtschaft

Die Digitalisierung verändert die Geschäftsmodelle in allen Branchen und Unternehmen. Cloud Computing, Datenanalyse, leistungsfähige Endgeräte und immer schnellere Datennetze ermöglichen die Vernetzung der physischen mit der virtuellen Welt, bieten neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und treiben die Digitalisierung voran.

Ob in großen Unternehmen oder in KMUs – keine Geschäftsführung kann es sich leisten, sich abwartend gegenüber der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und Geschäftsmodellen zu verhalten. Vorausschauendes und nachhaltiges Handeln der Unternehmensführung ist jetzt notwendig, um die Digitalisierung in Strategien und Zielvorgaben umzusetzen. Firmen mit frühzeitiger Digital-Strategie sind Mitbewerbern voraus, drängen schnell in »branchenfremde« Märkte und werden so zu einer Gefahr für diejenigen, die die Modernisierung zurückhaltend angehen. Insbesondere Start-ups richten Unternehmensstrategie von Beginn an digital aus. Sie sind wichtige Treiber im digitalen Ökosystem, die wiederum die gesamte Wirtschaft voranbringen.

Für Berlin als europäischer Start-up-Standort Nummer eins liegt darin eine große Chance: Hier treffen sich innovative Gründer mit der etablierten Wirtschaft. Gemeinsam brechen sie eingefahrene Denkmuster auf und bringen Innovationen in den Markt. Berlin kann diese Dynamik nicht nur für Wohlstand und Wertschöpfung in der Stadt selbst nutzen, sondern hat als Innovationshauptstadt geradezu eine Verantwortung, die Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland und Europa zu befeuern.

Handlungsvorschläge:

- Politik muss einen Beitrag zur **Aufklärung und Sensibilisierung der Anwenderbranchen** leisten, um die Potenziale voll ausschöpfen zu können, z. B. **mit innovationsunterstützenden Beratungen für KMU** oder **Vermittlung von Kooperationen** zwischen Start-ups, KMUs und etablierten Unternehmen durch staatlich geförderte Mittel – in Berlin und über Berlin hinaus.
- **Ausrichtung aller Politikfelder auf Digitalisierung:** Daten- und Verbraucherschutz oder Telekommunikations- und Medienordnung sowie die bildungspolitischen Vorgaben und Mittel müssen dem Wandel angepasst werden. Berlin sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.
- Neben dem Ausbau der Förderung bestehender innovativer Plattformen zur Verknüpfung von Unternehmen und Wissenschaft, Aufbau und Finanzierung eines **Smart City Hub**, in dem sich Start-ups, KMU, etablierte Unternehmen, Wissenschaft und Wagniskapitalgeber sammeln, um innovative Lösungen für die Stadt der Zukunft zu entwickeln, auszuprobieren und in der Breite umzusetzen.
- Die Politik sollte mit gutem Beispiel voran gehen und mit der **Anwendung von agilen Methoden und Konzepten in der Verwaltung** Vorreiter und Vorbild für KMUs werden.

- **Moderne digitale Kommunikation:** Politik und Verwaltung sollten bei der Kommunikation ihrer Themen und Angebote auf identitätsstiftende und aussagefähige Botschaften setzen, wie es beispielsweise mit be-digital.berlin bereits geschieht.
- **Moderne Datenpolitik:**
 - Sie muss **Datenreichtum** und **hohen Schutz personenbezogener Daten sinnvoll kombinieren** und unter diesen Voraussetzungen innovative Geschäftsmodelle ermöglichen. In einer digital vernetzten Welt spielen Datenvielfalt und Datenreichtum eine entscheidende Rolle. Bestehende Grundprinzipien wie Datensparsamkeit und Zweckbindung bei der Datenerhebung müssen um neue Prinzipien der Datenvielfalt ergänzt werden. So ist es das Ziel von Big-Data-Analysen, aus großen Mengen unterschiedlicher Daten neue Erkenntnisse zu gewinnen. Auch die geplante EU-Datenschutzgrundverordnung droht veraltete Grundprinzipien weiter zu verankern, auch wenn eine Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen europaweit zu begrüßen ist.
 - Eine **Auswertung von Daten** sollte zulässig sein, **soweit sie für die Betroffenen nicht nachteilig** ist bzw. bestehende Risiken für die Rechte Betroffener durch das Ergreifen von gegenläufigen Schutzmaßnahmen (z. B. Pseudonymisierung) adressiert werden.

Start-ups und Innovationen

Innovationen sind ein wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft und den Wettbewerb. Insbesondere im Kontext der Digitalisierung der Leitindustrien spielen Innovationen und damit Start-ups, aber auch andere etablierte innovative Unternehmen, eine wichtige Rolle. Um das Ökosystem für innovative Gründer in Berlin auszubauen, sind verlässliche gründer- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen notwendig.

Handlungsvorschläge:

- **Überprüfung innovationshemmender Gesetze:** Einige Gesetze stammen aus vor-digitalen Zeiten und sind häufig wenig zeitgemäß und innovationsunfreundlich. Sie reduzieren vielmehr Anreize für digitale Geschäftsmodelle. Berlin sollte daher im Dialog mit Gründern veraltete Gesetze hinsichtlich ihrer Innovationstauglichkeit überprüfen. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Gesetze auf das Ökosystem der Start-up-Branche mit einem Evaluierungsmechanismus geprüft werden, der auf die Bedürfnisse von Start-ups zugeschnitten ist.
- **Mehr Wagniskapital:** Die Bedingungen für den deutschen Wagniskapitalmarkt müssen optimiert werden, insbesondere in Form eines Venture Capital Gesetzes. Darüber hinaus müssen Anreize für ausländische Investoren geschaffen werden, in Berlin zu investieren und Standorte zu eröffnen.

- **Bürokratie auf ein Minimum beschränken:**
 - **Gründungs- und Startphase entbürokratisieren:** Verwaltungsaufgaben und gesetzliche Auflagen sollten für vier Jahre auf ein unverzichtbares Minimum begrenzt werden, sodass alle Ressourcen zur Entwicklung des Produktes und Erschließung des Marktes zur Verfügung stehen. In den ersten vier Jahren sollte auf alle nicht zwingend notwendigen Gebühren und Zwangsmitgliedschaften verzichtet werden (IHK, GEZ, etc.).
 - **Zentrale Behörden-Anlaufstellen für Start-ups schaffen:** Start-ups sollten insbesondere im Gründungsprozess eine einzelne Anlaufstelle haben, um Aufwand und Kosten zu minimieren.
 - **Förderprogramme entbürokratisieren:** Gerade in den ersten Monaten werden Gründer durch den hohen Verwaltungsaufwand zahlreicher unterstützenswerter Förderprogramme belastet. In dieser Phase steht für Gründer aber ihr Produkt im Mittelpunkt. Daher gilt es, Förderprogramme auf allen politischen Ebenen deutlich zu entbürokratisieren.
 - **Willkommenskultur für Fachkräfte schaffen:** Berlin konkurriert mit Metropolen wie New York, London, Tel Aviv und dem Silicon Valley um die größten IT-Talente. Um dem Fachkräftemangel in der Digitalwirtschaft zu begegnen, muss die Rekrutierung hochqualifizierter IT-Fachkräfte und Gründer aus dem Ausland erleichtert werden. Bürokratische Hürden sollten weiter abgebaut werden, Behörden sollten englischsprachige Formulare und Sprechzeiten anbieten.

- **Gründerkultur an Hochschulen fördern:**
 - Um Gründerservices an Hochschulen langfristig erfolgreich zu machen, müssen **Mittel für personelle Ressourcen** zur Verfügung gestellt werden, sodass keine Abhängigkeit von Drittmitteln besteht.
 - Gründungsservices sollten ihre Zeit **zur Unterstützung junger Teams** nutzen können und nicht unnötig viel Zeit mit dem Beantragen von Mitteln verlieren.
 - **Hochschulen als Hubs** etablieren: Verstärkte Ansiedlung von Co-Working Spaces und Inkubatoren direkt auf dem Campus Berliner Hochschulen, um Hubs im Hochschulumfeld aufzubauen.
 - Im **Wirtschaftssenat** sollte es für Ausgründungen aus den Hochschulen zuständige Mitarbeiter mit Entscheidungsbefugnis und Ressourcen geben.
 - Networking (sowohl Online als auch Offline) sowohl zwischen Gründern als auch mit KMU sowie mit Großunternehmen fördern, z. B. durch Wiki-Plattformen oder Coaching- und Patenkonzepte durch etablierte Start-ups.

Zukunft der Arbeitswelt

Die Zukunft der Arbeit ist bereits Teil unserer Gegenwart. Digitale Technologien schaffen neue Produkte, neue Wertschöpfungsketten und damit neue Arbeitsplätze, was alleine ein Blick auf den Jobmotor Start-ups zeigt. Gleichzeitig verändert sich die Art und Weise von Produktion und Arbeit, also die Arbeitswelt insgesamt. Insbesondere im digitalen Hotspot Berlin werden neue Arbeitsformen erprobt und erfolgreich gelebt. Die Digitalisierung beschleunigt den Wandel und die Entstehung neuer Arbeitsformen. Diesem Wandel müssen die politischen Rahmenbedingungen durch Flexibilisierung und Individualisierung gerecht werden. Schon heute kann Politik wichtige Weichen stellen, um die Veränderungen in der Arbeitswelt sowohl sozial-, aber auch wirtschaftsverträglich zu gestalten. Berlin wird in diesem Kontext dank der innovativen Wirtschaftsstruktur Vorreiter und Vorbild sein. Umso wichtiger ist es, dass die Politik neuen Arbeitsformen Entfaltung ermöglicht und Erfolgsmodelle stärkt. Eine der großen Herausforderungen wird dabei sein, den Wunsch nach Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeit, der gerade in Berlin seinen Ausdruck findet und gleichsam Motor für die kreative Gründerszene der Stadt ist, mit dem gesellschaftlich wünschenswerten Aspekt der sozialen Sicherheit in ein verträgliches Gleichgewicht zu bringen.

Handlungsvorschläge:

- Es ist nicht zeitgemäß, eine neue Definition des »Normalarbeitsverhältnisses« zu suchen. Vielmehr sollte von einer solchen Definition Abstand genommen werden und eine **wachsende Vielfalt an Arbeitsformen** anerkannt werden.
- **Neue Arbeitsformen müssen unterstützt und gefördert** werden, denn grundsätzlich spiegeln diese den Trend zur Flexibilisierung wieder.
- Die Entwicklung **vielfältigerer Erwerbsformen** darf nicht unnötig behindert werden durch neue verkomplizierende Regelungen oder den Versuch, sie in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zu integrieren. Vielmehr sollte die Möglichkeit genutzt werden, neue, flexiblere Sicherungssysteme zu schaffen, die auch zukünftigen Entwicklungen gerecht werden können.
- Dem **Fachkräftemangel** kann nur durch **adäquate, zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung** begegnet werden, die sich an den Bedürfnissen und Voraussetzungen der digitalisierten Wirtschaft ausrichtet; sowie unterstützend durch entsprechende **Regelungen im Zuwanderungsgesetz**.
- **Unternehmenskultur** sollte insbesondere durch innovative Modelle einer mitarbeiterorientierten Unternehmenspraxis gestärkt werden.

Digitale Bildung: Grundlagen für die digitale Gesellschaft

Digitale Souveränität und digitale Exzellenz sind essentiell für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig haben Bürger ebenso wie Unternehmen ein direktes Interesse und daher eine hohe Eigenmotivation digitale Kompetenz aufzubauen. Um das Wachstum im Bereich der digitalen Wirtschaft auch in Zukunft auf eine breitere Basis zu stellen, werden hervorragend ausgebildete Fachkräfte benötigt. Eine auf Zukunftstechnologien ausgerichtete Bildungspolitik hatte wesentlichen Anteil an der Heranbildung dieser Basis. Daher sollte Berlin stärker in Digitale Bildung investieren und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Handlungsvorschläge:

Digitales Lernen

- Bitkom fordert ein Gesamtmodell, in dem technische Infrastruktur, Endgeräte, methodische und didaktische Modelle, digitalisierte Inhalte, Content-Logistik, Lehrerfortbildung etc. aufeinander abgestimmt entwickelt, eingeführt, genutzt und weiterentwickelt werden. Es muss sichergestellt werden, dass der Support für die **Ausstattung von Schulen mit digitaler Technik** über professionalisierte und zentralisierte Projektmanagementstrukturen durch das Land und die Schulträger gewährleistet wird.
- Die Probleme, die aus dem aktuellen Flickenteppich der IT-Infrastruktur in Schulen entstehen, dürfen nicht auf das mobile Lernen übertragen werden. Lehrer und Schüler brauchen **verlässliche und langfristig stabile Lernumgebungen**, um über alle Fächer und Klassenstufen hinweg guten Unterricht und gutes Lernen zu ermöglichen. Es ist wichtig, eine umfassende Infrastruktur und leistungsfähige Ausstattung von Schülern und Lehrern mit mobilen Endgeräten an allen Schulen gleichermaßen sicherzustellen. Neben rein finanziellen Aspekten, sollten hier vor allem die fächerübergreifende, kohärente und reibungslose Durchführung des Schulunterrichts ausschlaggebend sein. Um ein umfassendes Konzept eines solchen Unterrichts zu gewährleisten sollte zusätzlich zu den politischen Vorgaben des Landes Berlin zur finanziellen Elternbeteiligung in der Finanzplanung auf Schulträger- und Landesebene, durchaus auch Vorgaben z.B. zum Betriebssystem, verankert werden.
- Mit Blick auf die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention sollte die IT-Infrastruktur der Schulen wie auch die Ausstattung Lernender mit Endgeräten die **Anforderungen von Menschen mit Behinderungen** berücksichtigen und dementsprechend barrierefrei beziehungsweise mit entsprechenden Bedienungshilfen gestaltet sein.
- Schulen müssen unterstützt werden, entsprechend ihres pädagogischen Konzepts von schulträger- und landesübergreifenden Rahmenmodellen zu **maßgeschneiderten Anwendungsfällen** zu kommen.
- Die **Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften** muss stärker – mit Blick auf die Qualität, aber auch mit Blick auf die zeitliche Dimension entsprechender Weiterbildungen – auf Lernszenarien hin

ausgerichtet werden, die ein orts- und zeitunabhängiges Lernen ermöglichen, die Vor- und Nachmittagsmarkt enger verzahnen und die die Anforderungen heterogener Lerngruppen besser unterstützen.

- **Finanzierung:** Die vor allem budgetär begründete Konkurrenz von gedrucktem Schulbuch und digitalem Content verhindert effektiv den Durchbruch zu digitalen Lerninhalten. Hier besteht direkter politischer Handlungsbedarf, um durch klare Vorgaben die Rahmenbedingungen für die praktische Umsetzung der digitalen Lernstrategien zu schaffen.
- Schule muss nicht nur inhaltliche, sondern auch **didaktische Grundlagen** für erfolgreiche Qualifizierungs- und Berufswege bereitstellen. Im Berufsleben wird der Umgang mit digitalen Lernangeboten schlicht vorausgesetzt.

Digitale und informatische Kompetenzen

- Im Rahmen der MINT-Fächer ist der Informatik der gleiche Stellenwert einzuräumen wie den Naturwissenschaften. **Informatikunterricht sollte in allen Schularten als Pflichtfach ab Jahrgangsstufe 5** mit mindestens einer Wochenstunde realisiert werden.
- In der gymnasialen Oberstufe muss es den Schülern möglich sein, aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischem Aufgabenfeld auch den **Grundkurs Informatik** zu wählen und gleichwertig in die Abiturprüfungen einzubringen.
- Die Etablierung eines **Leistungskurses Informatik** an allgemeinbildenden Gymnasien sollte ein zentrales und mittelfristig zu realisierendes Ziel der Bildungspolitik sein.
- Die Einführung eines neuen **Schulprofils »Informatik und digitale Medien«** könnte zusätzlich an ausgewählten Gymnasien eine zeitgemäße Fokussierung ermöglichen. Diese Profilierung bietet die Chance, durch mehr Unterrichtsstunden in diesen Fachgebieten auch weitere – dieses Profil verstärkende – Kurse anzubieten. Damit kann sowohl die Informatik-Grundlagenbildung als auch durch eine Vernetzung mit anderen Fächern die Breite und die Qualität der Mediennutzung verbessert werden.

Intelligente Verkehrsnetze

Berlin ist Vorreiter in Sachen »grüner Mobilität« und bei der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte im urbanen Raum. Der elektrische, schienengebundene Verkehr ist durch ein engmaschiges Netz mit dichtem Takt das Rückgrat des ÖPNV. Mit der Einführung von E-Bussen hat auch beim straßengebundenen ÖPNV das elektrische Zeitalter begonnen. Das eTicket ist schon lange eingeführt und Echtzeitdaten werden auch Dritten zur Verfügung gestellt. Sowohl in Sachen Car Sharing als auch beim Bike Sharing nimmt Berlin ebenfalls einen Spitzenplatz ein. Um weiter in der Mobilitätsentwicklungen vorne dabei zu sein gilt es nun Konzepte wie Demand Responsive

Transport oder auch Dienste übergreifendes Ticketing auszutesten. Auch das Zusammenspiel zwischen Parkraummanagement, Car Sharing und ÖPNV kann noch stärker integriert werden. Die zentrale Bereitstellung von Daten wie z.B. über den Mobilitätsdatenmarkt ist ein weiteres wichtiges Element.

Handlungsvorschläge:

- Notwendige Mobilitätsdaten müssen identifiziert und verfügbar gemacht werden. Ein Datenkodex und die Definition von Kriterien bezüglich Freigabe und Bereitstellung von Daten sind notwendig. Dabei können die Fachverbände als Mittler in der Erarbeitung dienen.
- Dabei muss darauf geachtet werden, dass Daten möglichst offen und frei verfügbar für alle Marktteilnehmer sind. Konzepte wie Linked Open Data sollten umgesetzt werden. Insbesondere in der semantischen Anreicherung und Aufbereitung der Informationen entsteht wertvoller Mehrwert.
- Für verkehrliche Anwendungen relevante Daten, die von öffentlichen Stellen oder öffentlichen Aufgabenträgern erhoben werden, sollten zu gewissem Maß Teil einer allgemeinen Dienstleistung der hoheitlichen Infrastruktur werden, wie es die physischen Einheiten wie Straßen, Gehwege, Ampeln etc. auch sind.
- Würden die Fahrzeuge über die Car-2-X Technologien mit einbezogen werden, könnte so eine Plattform für die Entwicklung innovativer Services gelegt werden.
- Der **Datenschutz** muss sichtbar kontrolliert und eine Verletzung ggf. sichtbar sanktioniert werden können. Die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen – und hier insbesondere die Anonymisierung der Daten – muss protokolliert und durch unabhängige Instanzen überprüft und zertifiziert werden.
- Das **Know-How der Zahlungsverkehrsdienstleister** muss genutzt werden, um intermodale und interoperable Abrechnungsmöglichkeiten zu etablieren. Der Ausbau von Payment-Plattformen wie z. B. offene »Wallet«-Plattformen sollte vorangetrieben werden, damit der Verbraucher bevorzugten Dienste zusammen führen und gegebenenfalls kombinieren kann (Payment, Couponing, Loyalty, Ticketing etc.). Dabei muss auf eine Interoperabilität geachtet werden.

Intelligente Verwaltung

Eine moderne, hochgradig vernetzt arbeitende Verwaltung ist ein bedeutender Erfolgsfaktor für weiteres Wachstum. Eine umfassende informationstechnische Vernetzung bietet im Bereich der öffentlichen Verwaltung große Effizienz- und Gestaltungspotenziale. Zudem kann der Staat bei der ITK-Beschaffung erheblich dazu beitragen, Ressourcen einzusparen und schädliche Emissionen zu vermeiden. Die Vergabekriterien bei der umweltfreundlichen Beschaffung sind jedoch nicht immer transparent und können zu ungewünschten Einschränkungen des Wettbewerbs führen. Die durch den demografischen Wandel entstehen Herausforderungen können ohne

einen massiven Einsatz von IT kaum bewältigt werden. Dennoch fehlen in einer nach wie vor überwiegend aufgabenorientiert strukturierten Verwaltungslandschaft weiterhin wesentliche technische und organisatorische Rahmenbedingungen.

Handlungsvorschläge:

- Um die **Innovationspotenziale der IT-Wirtschaft** optimal zu nutzen, sollten an erster Stelle möglichst viele Prozesse und Daten der öffentlichen Verwaltung auch auf der Basis standardisierter Schnittstellen elektronisch erreichbar sein.
- In einer Netzwerkverwaltung macht es schlicht keinen Sinn mehr, dass jedes Ressort und jeder Bezirk Querschnittsaufgaben wie Personalverwaltung, Reisemanagement, Beschaffung selbst erledigt. Ein **Ausbau von Shared Services** muss daher ein wichtiger Baustein bei der Weiterentwicklung der IT in Berlin sein. Für die Bürger ist ein Multikanalansatz, der unterschiedlichen Kommunikationserfahrungen und -erwartungen gerecht wird unverzichtbar. Mit der Behördenrufnummer D115 ist in Berlin ein erster wichtiger Schritt gelungen. Wichtig bleibt die stärkere Einbindung mobiler Endgeräte – nicht notwendig durch native Apps sondern eher durch eine konsequente Nutzung von responsivem Design.
- In der Bevölkerung werden zunehmend Forderungen nach offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln, Öffnung von Datenbeständen und aktivem Bereitstellen von Regierungs- und Verwaltungsinformationen erhoben. Das Konzept der **offen zugänglichen Daten** (Open Data), bedeutet Informationen maschinenlesbar zur weiteren Verwertung bereitzustellen. Die Berliner Open-Data-Plattform war das erste deutsche Open-Data-Portal eines Bundeslandes. Wichtig ist nun, die richtigen Anreize zu setzen, damit die Ressorts und Bezirke auch tatsächlich so viele Datensätze wie sinnvoll und möglich zur Verfügung stellen.
- Dabei müssen die Nutzer in den Mittelpunkt gestellt werden, denn Nutzerorientierung und Benutzerfreundlichkeit fördern die Akzeptanz und vereinfachen die Umsetzung der Digitalisierung. Wichtig ist auch eine benutzerfreundliche und intuitive Adressierung mit »sprechenden Domain-Namen«, wie etwa mit dem digitalen Namensraum ».berlin«.
- Das für Pilotprojekte und Leuchttürme attraktive Umfeld Berlins sollte durch eine Verwaltung nachhaltig unterstützt und gefördert werden, die die sich bietenden Chancen erkennt und vorhandene Gestaltungsspielräume im Sinne der Digitalisierung Berlins nutzt.
- **Öffentliche Auftraggeber** sollten verstärkt die enormen Potenziale nutzen, durch die Beschaffung von energie- und ressourceneffizienten ITK-Produkten einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten und gleichzeitig Betriebskosten einzusparen. Umweltfreundliche Beschaffung sollte stets die Prinzipien der Transparenz, Objektivität und Produktneutralität erfüllen, um einen fairen und möglichst breiten Wettbewerb zu gewährleisten.

- Mit dem Ziel einer ganzheitlichen Digitalisierungsstrategie sollte Berlin in seiner Funktion als Eigentümer, auch seine Eigenbetriebe und Beteiligungen auf dieses Ziel ausrichten bzw. auf diese in diesem Sinne einwirken.
- Berlin sollte technische Unterstützungslösungen, die den **demografischen Wandel** abfedern, umfassend einsetzen. Beispiele hierfür sind Selbstbedienungsterminals für Bürger, die Nutzung des neuen elektronischen Personalausweises, telefonische Anfragen (D115), Internetformulare, einheitliche automatisierte Sprachdialogsysteme, E-Government-Apps für mobile Endgeräte bzw. responsives Design der Webseiten der öffentlichen Verwaltung, das eine einfache Nutzung des Internetangebots auch über mobile Endgeräte ermöglicht.

Bitkom vertritt mehr als 2.300 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.500 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Milliarden Euro und stehen für Exporte von weiteren 50 Milliarden Euro. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, 300 Start-ups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Hardware oder Consumer Electronics her, sind im Bereich der digitalen Medien oder der Netzwirtschaft tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 78 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, 9 Prozent kommen aus Europa, 9 Prozent aus den USA und 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom setzt sich insbesondere für eine innovative Wirtschaftspolitik, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine zukunftsorientierte Netzpolitik ein.

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.**

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
F 030 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

bitkom